

Erstes Gespräch zur Besoldungsrunde 2013 des Landes und der Kommunen:

„Die Faust in der Tasche“

Sechs Tage nach dem Abschluss der Tarifverhandlungen kamen der DGB und das Land Baden-Württemberg zu einem ersten Gespräch zusammen. „Es ist ordentlich Dampf im Kessel“, so Nikolaus Landgraf, Vorsitzender des DGB Baden-Württemberg. Und das zeigten die Beamtinnen und Beamten, die am Freitagmorgen, 15. März, die Verhandlungsdelegation ins Finanzministerium begleiteten.



Öffentlicher Dienst: Sie alle haben mehr verdient!

„Für eine Nicht-Übertragung der Tarifiergebnisse auf die Beamten und Beamtinnen in Land und Kommunen gibt es hier Null Verständnis“ so Nikolaus Landgraf.

Die Landesregierung erwägt jedoch eine Nullrunde! Alternativ kämen eine Deckelung der Besoldungserhöhung oder ihre zeitliche Verschiebung in Betracht.

„Schon seit Jahren haben die Beamten Baden-Württembergs die Faust in der Tasche - jetzt ist gut“, verdeutlichte Rüdiger Seidenspinner, Landesvorsitzender der GdP, dem Minister Schmid. Mit teilweise persönlichen Opfern müssen die Kolleginnen und Kollegen die Polizeistrukturreform mittragen. Die Zahl der Überstunden steigt und steigt. „Die Kolleginnen und Kollegen mit einer Nullrunde abzustrafen, wäre bitterlich. Das Engagement könnte zurückgehen“ fürchtete Rüdiger Seidenspinner.

Auch den Lehrerinnen und Lehrern verlangt das Land viel zu viel ab. Doro Moritz, GEW- Landesvorsitzende, betonte: „Die Schulreformen und werden mit ungenügender Ausstattung umgesetzt, weil die Landesregierung

Lehrerstellen streicht. Jetzt soll auch noch das Gehalt zur Finanzierung der Bildung herangezogen werden!“

Die ver.di-Vize Dagmar Schorsch-Brandt forderte, die Feuerwehruzulage um einen Festbetrag von 25€ zu erhöhen und zu dynamisieren. Beamte des mittleren Dienstes schaffen es schon heute nicht mehr, sich und ihre Familien zu ernähren. Von daher sei die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifiergebnisses das Gebot der Stunde.

Ebenso hat sich bei den Kolleginnen und Kollegen der Forstwirtschaft die Arbeit verdichtet. Gleichzeitig wurden Sonderopfer beschlossen und die geringere Besoldung bei Jüngeren - wo sollen da noch Motivation und Fachkräfte herkommen? „Beamte und Beamtinnen müssen ihr Leben bezahlen wie alle anderen. Sie brauchen die Entgelterhöhung so dringend wie Arbeiter und Angestellte. Kein Verzicht wegen der Schuldenbremse!“, betonte Gunther Häberlen, der für die IG BAU verhandelte.

Nils Schmid zeigte sich im Gespräch allerdings erneut als Verfechter der Schuldenbremse. Er betont, deshalb dürfen die Personalkosten des Landes nicht auf mehr als 40% des Haushaltes steigen. „Darauf lassen wir uns nicht ein. Der DGB bleibt dabei: zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamten und Beamten, die Anwärterinnen und Anwärter, sowie die Versorgungsempfänger und - Empfängerinnen ohne Wenn und Aber“, verstärkte Nikolaus Landgraf.

Die Landesregierung will zeitnah entscheiden.

